

Der US-amerikanische Journalist Paul Craig Roberts untersucht die Gründe für die Ablösung des US-Generalstabschefs Peter Pace – Muss er gehen, weil er den Einsatz von Atomwaffen ablehnt? Wird Bush, um Präsident zu bleiben, den Nationalen Notstand ausrufen?

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 134/07 – 30.06.07

Verabschiedet euch von der Demokratie, bald werden die Tyrannen regieren!

Von Paul Craig Roberts

Information Clearing House, 19.06.07

(<http://www.informationclearinghouse.info/article17902.htm>)

"Jeder, der eine Uniform trägt, hat die absolute Verantwortung, einen illegalen oder unmoralischen Befehl zu verweigern." General Peter Pace, Chef des Vereinigten Generalstabs, National Press Club, 17. Februar 2006

"Sie werden für ihre Entscheidungen zur Verantwortung gezogen werden. Deshalb sollten sie die illegalen oder unmoralischen Befehle zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen tatsächlich nicht befolgen." General Peter Pace, CNN, Bei Wolf Blitzer, 6. April 2003

Die überraschende Entscheidung des Bush-Regimes, General Peter Pace als Chef des Vereinigten Generalstabs abzulösen, wurde zum notwendigen Schritt erklärt, um Streitereien bei seiner Anhörung vor dem Senat zu vermeiden. Die erneute Einsetzung des Generals Pace müsste dort bestätigt werden, und da er in den vergangenen sechs Jahren als Vizechef und Chef des Vereinigten Generalstabs gedient hat, befürchten die Republikaner, seine Anhörung biete den Kriegsgegnern die Möglichkeit, sich – nach den Worten des Verteidigungsministers Gates – "mehr mit der Vergangenheit als mit der Zukunft zu beschäftigen".

Das ist eine plausible Erklärung. Genau betrachtet, geht es wirklich darum, wie weit man einem Regime, das sechs Jahre lang nur Lügen erzählt hat, überhaupt noch trauen kann.

General Pace selbst sagt, er sei vor die Tür gesetzt worden, weil er nicht durch einen freiwilligen Rücktritt zur Lösung des Problems beitragen wollte. Pace wurde bestraft, weil durch seine Weigerung, ruhig abzutreten, seine Beziehungen zu den Mächtigen überstrapaziert wurden.

Auf der Herausgeber-Seite des WALL STREET JOURNALS wird die Ablösung des Generals Pace als Anzeichen dafür gewertet, dass "der Mann, der das Pentagon regiert, der demokratische Senator Carl Levin von Michigan ist", und die rhetorische Frage gestellt: "Ist George W. Bush überhaupt noch Präsident?" (Der Demokrat Carl Levin sitzt im Streitkräfteausschuss des Senats und hat sich als Kritiker des Irak-Kriegs profiliert.)

Der Versuch der Autoren des WALL STREET JOURNALS, den Pace-Abschied als Zeichen einer schwachen und nachgiebigen Regierung auszugeben, klingt wenig überzeugend. Eine Administration, die trotz öffentlicher Opposition den Krieg im Irak eskaliert und an den Plänen für einen Angriff auf den Iran festhält, ist keine nachgiebige Administration.

Gleichgültig, ob es um den Krieg, (den umstrittenen) Justizminister Gonzales, das Einwanderungsgesetz oder etwas anderes ging, Präsident Bush und sein republikanisches Gefolge haben dem Kongress und dem amerikanischen Volk immer gezeigt, dass sie sich nicht darum kümmern, was der Kongress oder die Öffentlichkeit denken. Bushs "Signing Statements" (eigene, meist den beschlossenen Text umdeutende Gesetzesinterpretationen des Präsidenten) machen klar, dass er sich noch nicht einmal um die Gesetze schert, die der Kongress verabschiedet.

Ein Präsident, der dreist genug ist, einen unpopulären und sinnlosen Krieg im Widerspruch zur öffentlichen Meinung und trotz einer verlorenen Wahl fortzusetzen, schreckt sicher nicht davor zurück, einen General erneut zu nominieren (wenn er ihn behalten will). Deshalb lässt Bush General Pace fallen, wenn er unerschütterlich an dem angefeindeten Justizminister Gonzales festhält? Welche Militärs werden von Bush unterstützt? Er fördert nur Generäle, die vor ihm kriechen.

Es gibt natürlich andere Erklärungen für die Ablösung des Generals Pace (als die des WALL STREET JOURNALS). Die beunruhigendste Erklärung findet sich in den zwei Äußerungen des Generals Pace am Beginn dieses Artikels.

Im ersten Zitat sagt General Pace, dass jeder Angehörige des US-Militärs die absolute Verantwortung dafür hat, illegale und unmoralische Befehle nicht zu befolgen. Im zweiten Zitat sagt der General, dass ein Befehl zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen illegal und unmoralisch ist.

Die zweite Äußerung des Generals Pace – die zeitlich vor der ersten einzuordnen ist – gehört zu seiner Antwort auf Blitzers Frage, ob die eindringenden US-Truppen mit irakischen Massenvernichtungswaffen angegriffen werden könnten. Aber mit seiner Antwort wollte Pace nicht sagen, dass nur der Einsatz irakischer Massenvernichtungswaffen illegal und unmoralisch wäre. Es ist eine allgemeine Feststellung. Er lehnt ihren Einsatz grundsätzlich ab.

Am 10. März 2006 hat Jorge Hirsch (Physiker an der Universität Chicago und Mitinitiator einer Petition an Präsident Bush gegen den Ersteinsatz von Atomwaffen (s. LP 043/06) in einem Artikel (<http://www.antiwar.com/hirsch?articleid=8678>) den Nachweis geführt, dass der Einsatz von Atomwaffen sowohl illegal als auch unmoralisch ist. Obwohl der Ersteinsatz von Atomwaffen also illegal und unmoralisch ist, hat Bushs Pentagon die US-Kriegsdoktrin umgeschrieben und ihren Einsatz trotz Illegalität und Unmoral gestattet. Ein Regime, dem Macht vor Recht geht, nutzt seine Macht, um seinen Absichten den Anschein von Rechtmäßigkeit zu geben.

Mit ihrer revidierten Kriegsdoktrin haben sich die Vereinigten Staaten selbst die Erlaubnis zum Ersteinsatz von Atomwaffen gegen Staaten ohne Atomwaffen erteilt. Wir müssen uns daher fragen, würde die Bush-Administration Amerikas Ruf aufs Spiel setzen und das atomare Wettrüsten wieder anheizen, wenn sie nicht den Plan hätte, die neue Kriegsdoktrin auch anzuwenden?

Senator Joseph Lieberman, eine Reihe Neokonservativer, prominente jüdische Meinungsmacher wie Norman Podhoretz und Mitglieder der israelischen Regierung haben einen US-Angriff auf den Iran gefordert. Die meisten republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten wollten einen Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran nicht ausschließen.

Angeblich will das US-Außenministerium die Probleme mit dem Iran durch Diplomatie und nicht durch Krieg lösen, aber Staatssekretär Nicholas Burns strafft diese Behauptung Lü-

gen. Am 12. Juni hat Burns verbreitet, der Iran bewaffne nicht nur die Aufständischen im Irak sondern auch die Taliban in Afghanistan. Burns Äußerungen stehen, gelinde gesagt, in Widerspruch zu Erkenntnissen der Geheimdienste, und sie werden nicht nur von dem Iran sondern auch von unserer Marionetten-Regierung in Afghanistan bestritten. Am 14. Juni hat der afghanische Verteidigungsminister Abdul Rahim Wardak Associated Press gegenüber geäußert, diese Behauptung entbehre jeder Glaubwürdigkeit.

Schon alle propagandistischen Behauptungen, mit denen die Administration die Invasion des Irak vorbereitet hat, ließen jede Glaubwürdigkeit vermissen, aber trotz der mangelnden Glaubwürdigkeit ließen sich der Kongress und das amerikanische Volk täuschen. **Da die US-Medien wie Organe eines Propaganda-Ministeriums funktionieren, glaubt das Bush-Regime, die Amerikaner mit neuen Lügen in einen weiteren Krieg hetzen zu können.**

Das Bush-Regime geht davon aus, dass ein konventioneller Angriff auf den Iran einem Schlag in ein Hornissen-Nest gleichkäme und Reaktionen hervorriefe, die von den Vereinigten Staaten nicht zu meistern wären. Das Bush-Regime ist überzeugt davon, die Mullahs nur mit Atomwaffen unterwerfen zu können.

Der Plan des Bush-Regimes, den Iran mit Atomwaffen anzugreifen, rückt die Ablösung des Generals Pace in ein anderes Licht. Wie sollte Bush seinen Befehl zu einem Atomangriff auf den Iran durchsetzen, wenn der ranghöchste Offizier Amerikas sagt, ein solcher Befehl sei "illegal und unmoralisch" und jeder Soldat habe die "absolute Verpflichtung", ihn zu verweigern?

General Pace muss (am 30. September 2007) gehen, damit ein gefügiger Speichellecker seinen Platz einnehmen kann.

Mit dem Ausscheiden des Generals Pace wird ein bekanntes Hindernis auf dem Weg zu einem Atomangriff auf den Iran beseitigt, damit das Verhängnis seinen Lauf nehmen kann. Dieser Plan für einen Atomangriff auf den Iran erklärt auch die sonst kaum verständliche "National Security and Homeland Security Presidential Directive / NSPD-51 AND HSPD-20" (eine Präsidenten-Direktive zur Wahrung der nationalen Sicherheit nach außen und nach innen), die Bush am 9. Mai dieses Jahres erlassen hat. Dank dieser Direktive kann Bush aus eigener Autorität den "Nationalen Notstand" ("national emergency" im Original!) ohne Zustimmung des Kongresses erklären. Wenn Bush den Nationalen Notstand erst einmal erklärt hat, kann er alle Regierungsfunktionen auf allen Ebenen übernehmen und auch private Organisationen und Firmen so lange unter totaler Kontrolle behalten, bis er den Notstand für beendet erklärt.

Wer von uns kann Bush oder einem anderen Präsidenten mit so viel Macht trauen?

Warum ist diese zu allem ermächtigende Direktive notwendig, die keine Kontrolle zulässt und keiner Zustimmung bedarf?

Welcher katastrophale Notstand außer einem massiven Atomangriff auf die USA mit Interkontinental-Raketen könnte eine solche Direktive rechtfertigen?

Es gibt keine vernünftige Antwort auf diese Fragen. Die Unfähigkeit der Bush-Administration, angemessen auf den Hurrikan Katrina zu reagieren, hat doch bewiesen, dass eine zentrale Macht aus einem Büro heraus nicht in der Lage ist, mit Katastrophen fertig zu werden.

Eine spekulative Antwort ist denkbar: Mit entsprechender Propaganda könnte die Direktive bei einem Atomangriff auf den Iran eingesetzt werden. Der Einsatz von Atomwaffen verursacht ultimative Ängste. Bei einem US-Atomangriff auf den Iran würden die Interkontinental-Raketen Russlands und Chinas in höchste Alarmbereitschaft versetzt. In den Vereinigten Staaten könnte man getürkte Vorfälle inszenieren. Mit Medienpropaganda könnte man die Hysterie auf die Spitze treiben und vor überall lauern Gefahren warnen. Die Angst vor den (in den USA!) neu eingerichteten Gefangenenlagern des Regimes würde Stimmen des Protests sofort zum Schweigen bringen, wenn der "Nationale Notstand" erklärt wird.

Das mag klingen wie eine Schreckensvision aus einem Roman, aber es ist ein Szenario, mit dem sich das Desinteresse des Bush-Regimes an den ständig sinkenden Umfragewerten der Republikaner und an ihrer zu erwartenden vernichtenden Niederlage bei der Wahl im Jahr 2008 erklären lässt. Wenn vorher der Nationale Notstand erklärt wird, findet nämlich keine Wahl statt.

Leute, die der Regierung (immer noch) trauen und das für wenig plausibel halten, sollten bedenken, dass Bush trotz seiner Rhetorik keine Achtung vor der Demokratie hat. Seine neokonservativen Berater vertreten doch alle die Auffassung, dass die Demokratie umgangen werden muss, weil sie nicht die richtigen Entscheidungen hervorbringt. Die Neokonservativen glauben an die Herrschaft der Elite, und sie halten sich selbst für diese Elite. Das Bush-Regime hat gewusst, dass die Amerikaner einem Überfall auf den Irak nicht zustimmen würden, wenn man sie nicht täuscht und austrickst, und deshalb wurde genau das dann getan.

Im Westen kommt Demokratie überhaupt aus der Mode. In Großbritannien und im übrigen Europa sollen die Menschen in eine EU-Identität gezwungen werden, die sie ausdrücklich ablehnen. Der britische Premierminister Tony Blair und seine europäischen Partner haben für sich entschieden, dass die Menschen nicht wissen, was gut für sie ist und ignoriert werden müssen. Der frühere französische Premierminister Valéry Giscard d'Estaing erklärte in der französischen Zeitung LE MONDE: "Die öffentliche Meinung muss dazu gebracht werden, Vorschläge, die wir ihr nicht direkt zu präsentieren wagen, zu akzeptieren, ohne es zu merken." Giscard d'Estaing meinte damit die Einführung der abgelehnten EU-Verfassung, die jetzt als Vertrag getarnt wird. Giscard d'Estaing gibt damit zu, dass 450 Millionen Europäer hintergangen werden. Warum sollten die Amerikaner da überrascht sein, wenn sie auch hintergangen wurden und werden.

Die Amerikaner könnten die Gefahr vielleicht eher erkennen, wenn sie endlich zur Kenntnis nehmen würden, dass ihre Führer nicht länger an die Demokratie glauben.

Dr. Roberts ist ein Wirtschaftswissenschaftler, der an vielen Universitäten gelehrt hat, und Stellvertretender US-Finanzminister (unter Präsident Reagan) war.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen. Für unsere Englisch sprechenden Leser drucken wir anschließend den Originaltext ab)

Say Good-bye to Democratic Outcomes The Reign of Tyrants Is at Hand

By Paul Craig Roberts

"It is the absolute responsibility of everybody in uniform to disobey an order that is either il-

legal or immoral.” General Peter Pace, Chairman of the Joint Chiefs of Staff, National Press Club, February 17, 2006.

“They will be held accountable for the decisions they make. So they should in fact not obey the illegal and immoral orders to use weapons of mass destruction.” General Peter Pace, CNN With Wolf Blitzer, April 6, 2003

06/19/07 "ICH" -- - The surprise decision by the Bush regime to replace General Peter Pace as Chairman of the Joint Chiefs of Staff has been explained as a necessary step to avoid contentious confirmation hearings in the US Senate. Gen. Pace's reappointment would have to be confirmed, and as the general has served as vice chairman and chairman of the Joint Chiefs for the past 6 years, the Republicans feared that hearings would give war critics an opportunity to focus, in Defense Secretary Gates words, "on the past, rather than the future."

This is a plausible explanation. Whether one takes it on face value depends on how much trust one still has in a regime that has consistently lied about everything for six years.

General Pace himself says he was forced out when he refused to "take the issue off the table" by voluntarily retiring. Pace himself was sufficiently disturbed by his removal to strain his relations with the powers that be by not going quietly.

The Wall Street Journal editorial page interpreted Pace's removal as indication that "the man running the Pentagon is Democratic Senator Carl Levin of Michigan. For that matter, is George W. Bush still President?"

The Wall Street Journal editorial writers' attempt to portray Pace's departure as evidence of a weak and appeasing administration does not ring true. An administration that escalates the war in Iraq in the face of public opposition and pushes ahead with its plan to attack Iran is not an appeasing administration. Whether it is the war or Attorney General Gonzales or the immigration bill or anything else, President Bush and his Republican stalwarts have told Congress and the American people that they don't care what Congress and the public think. Bush's signing statements make it clear that he doesn't even care about the laws that Congress writes.

A president audacious enough to continue an unpopular and pointless war in the face of public opinion and a lost election is a president who is not too frightened to reappoint a general. Why does Bush run from General Pace when he fervently supports embattled Attorney General Gonzales? What troops does Bush support? He supports his toadies.

There are, of course, other explanations for General Pace's departure. The most disturbing of these explanations can be found in General Pace's two statements at the beginning of this article.

In the first statement General Pace says that every member of the US military has the absolute responsibility to disobey illegal and immoral orders. In the second statement, General Pace says that an order to use weapons of mass destruction is an illegal and immoral order.

The context of General Pace's second statement above (actually, the first statement in historical time) is his response to Blitzer's question whether the invading US troops could be attacked with Iraqi weapons of mass destruction. But Pace's answer does not restrict illegal and immoral only to Iraqi use of WMD. It is a general statement. It applies to their use period.

On March 10, 2006, Jorge Hirsch (<http://www.antiwar.com/hirsch/?articleid=8678>) made a case that use of nuclear weapons is both illegal and immoral. Despite the illegality and immorality of first-use of nuclear weapons, the Bush Pentagon rewrote US war doctrine to permit their use regardless of their illegality and immorality. For a regime that not only believes that might is right but also that they have the might, law is what the regime says.

The revised war doctrine permits US first strike use of nuclear weapons against non-nuclear countries. We need to ask ourselves why the Bush administration would blacken America's reputation and rekindle the nuclear arms race unless the administration had plans to apply its new war doctrine.

Senator Joseph Lieberman, a number of neoconservatives, prominent Jewish leaders such as Norman Podhoretz, and members of the Israeli government have called for a US attack on Iran. Most Republican presidential candidates have said that they would not rule out the use of nuclear weapons against Iran.

Allegedly, the US Department of State is pursuing diplomacy with Iran, not war, but Undersecretary of State Nicholas Burns gives the lie to that claim. On June 12 Burns claimed that Iran was not only arming insurgents in Iraq but also the Taliban in Afghanistan. Burns' claims are, to put it mildly, controversial in the US intelligence community, and they are denied not only by Iran but also by our puppet government in Afghanistan. On June 14, Afghan Defense Minister Abdul Rahim Wardak told the Associated Press that Burns' claim has no credibility.

But, of course, none of the administration's propagandistic claims that set the stage for the invasion of Iraq had any credibility either, and the lack of credibility did not prevent the claims from deceiving the Congress and the American people. As the US media now functions as the administration's Ministry of Propaganda, the Bush regime believes that it can stampede Americans with lies into another war.

The Bush regime has concluded that a conventional attack on Iran would do no more than stir up a hornet's nest and release retaliatory actions that the US could not manage. The Bush regime is convinced that only nuclear weapons can bring the mullahs to heel.

The Bush regime's plan to attack Iran with nuclear weapons puts General Pace's departure in a different light. How can President Bush succeed with an order to attack with nuclear weapons when America's highest ranking military officer says that such an order is "illegal and immoral" and that everyone in the military has an "absolute responsibility" to disobey it?

An alternative explanation for Pace's departure is that Pace had to go so that malleable toadies can be installed in his place.

Pace's departure removes a known obstacle to a nuclear attack on Iran, thus advancing that possible course of action. A plan to attack Iran with nuclear weapons might also explain the otherwise inexplicable "National Security and Homeland Security Presidential Directive" (NSPD-51 AND HSPD-20) that Bush issued on May 9. Bush's directive allows him to declare a "national emergency" on his authority alone without ratification by Congress. Once Bush declares a national emergency, he can take over all functions of government at every level, as well as private organizations and businesses, and remain in total control until he declares the emergency to be over.

Who among us would trust Bush, or any president, with this power?

What is the necessity of such a sweeping directive subject to no check or ratification?

What catastrophic emergency short of a massive attack on the US with nuclear ICBMs can possibly justify such a directive?

There is no obvious answer to the question. The federal government's inability to respond to Hurricane Katrina is hard evidence that centralizing power in one office is not the way to deal with catastrophes.

A speculative answer is that, with appropriate propaganda, the directive could be triggered by a US nuclear attack on Iran. The use of nuclear weapons arouses the ultimate fear. A US nuclear attack would send Russian and Chinese ICBMs into high alert. False flag operations could be staged in the US. The propagandistic US media would hype such developments to the hilt, portraying danger everywhere. Fear of the regime's new detention centers would silence most voices of protest as the regime declares its "national emergency."

This might sound like a far-out fiction novel, but it is a scenario that would explain the Bush regime's disinterest in the shrinking Republican vote that foretells a massive Republican wipeout in the 2008 election. In a declared national emergency, there would be no election.

As implausible as this might sound to people who trust the government, be aware that despite his rhetoric, Bush has no respect for democracy. His neoconservative advisors have all been taught that it is their duty to circumvent democracy, as democracy does not produce the right decisions. Neoconservatives believe in rule by elites, and they regard themselves as the elite. The Bush regime decided that Americans would not agree to an invasion of Iraq unless they were deceived and tricked into it, and so we were.

Indeed, democracy is out of favor throughout the Western world. In the UK and Europe, peoples are being forced, despite their expressed opposition, into an EU identity that they reject. British PM Tony Blair and his European counterparts have decided on their own that the people do not know best and that the people will be ignored. As former French PM Valery Giscard d'Estaing told the French newspaper, *Le Monde*, "Public opinion will be led to adopt, without knowing it, the proposals that we dare not present to them directly." Giscard d'Estaing is referring to the resurrection of the rejected EU constitution camouflaged as a treaty. Giscard d'Estaing acknowledges that 450 million Europeans are being hoodwinked. Why should Americans be surprised that they have been and are being hoodwinked?

Americans might have more awareness of their peril if they realized that their leaders no longer believe in democratic outcomes.

Dr. Roberts is an economist who has held numerous university appointments and served as Assistant Secretary of the US Treasury.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern